



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Ein neuer Aufbruch für Europa

Erste Regierungserklärung von Angela Merkel nach der Bundestagswahl

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat für einen neuen Aufbruch in Europa geworben. In einer Regierungserklärung zum Europäischen Rat sagte sie im Bundestag: „Wir brauchen mehr denn je europäische Antworten auf die großen, drängenden Fragen unserer Zeit.“ Als wichtige Aufgabenbereiche nannte sie die Steuerung von Migration, die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sowie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Der Europäische Rat tagt heute in Brüssel im sog. „EU-27“-Format, also ohne Großbritannien. Grund hierfür ist, dass er sich erster Linie mit der Aufstellung eines neuen Haushaltsplans, den sog. „Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)“ für die Jahre 2021 bis 2027 beschäftigt. Dann wird das Vereinigte Königreich die EU aber bereits verlassen haben.

Bei dem neuen MFR geht es also zum einen darum, die Finanzlücke zu schließen, die Großbritannien mit seinem Ausscheiden aus der Europäischen Union reißt. Diese wird sich auf ca. 13-14 Mrd. Euro belaufen. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger hat vorgeschlagen, diese Lücke zu 50% durch Einsparungen und zu 50% durch höhere Mittelzuweisungen der Mitgliedsstaaten zu schließen. So seien Einsparungen in der Landwirtschaft und bei den sog. Kohäsionsfonds möglich, die bislang fast 70% des EU-Haushalts ausmachen.

Zum anderen geht es aber auch um die Finanzierung neuer Aufgabe, die einen echten europäischen Mehrwert bieten. Zu denken ist dabei an Forschung, Entwicklung und Digitalisierung, die grenzüberschreitende Infrastruktur, an einen besseren Schutz

der Außengrenzen, an die gemeinsame Verteidigungspolitik oder die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika, um dort Bleibeperspektiven zu schaffen. Die Verhandlungen zum MFR werden nicht einfach werden, weil einige Regierungen bereits angekündigt haben, nicht mehr Geld nach Brüssel überweisen zu wollen. Dies wird aber kaum möglich sein, wenn die EU neue Aufgabe übernehmen soll, die die Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten überfordern würden. Neue Aufgabe mit weniger Geld – das ginge nur, wenn bei den bestehenden Ausgaben drastisch gekürzt werden würde.

Darüber hinaus wird sich der Rat auch mit den Vorbereitungen für die Europawahlen 2019 beschäftigen. Durch den Austritt Großbritanniens werden 73 Sitze im Europäischen Parlament frei. Das Parlament schlägt vor, 27 dieser Sitze auf andere Mitgliedstaaten zu verteilen, die hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl bislang nicht ausreichenden repräsentiert sind. Die übrigen Sitze sollen freigelassen werden, um bei möglichen Beitritten weiterer Staaten – so z.B. vom Westlichen Balkan – eine Reserve zu haben. Denn in den Europäischen Verträgen ist eine Höchstsitzzahl von 751 Sitzen festgeschrieben.

Vor der Regierungserklärung wurde Gunther Krichbaum gemeinsam mit dem FDP-Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff gestern früh vom Nachrichtensender Phonenix zur aktuellen Lage in Europa befragt. Themen waren auch hier der Mehrjährige Finanzrahmen, eine mögliche Koppelung von EU-Geldern an die Rechtstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten und die Ideen zur Zukunft der Europäischen Union. Unter dem Link

<https://goo.gl/sFRHD4>

können Sie dieses Gespräch ansehen und anhören. ■

Gunther Krichbaum als Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC)

Alljährlich treffen sich Anfang Februar ca. 500 führende Politiker, Diplomaten und Experten auf dem Gebiet der internationalen Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik, um über die aktuelle Sicherheitslage in verschiedenen Krisenherden der Welt zu beraten. Gunther Krichbaum nimmt an dieser Konferenz seit vielen Jahren regelmäßig teil.

Einer der auswärtigen Gäste der diesjährigen MSC war der türkische Ministerpräsident Binali Yildirim. Kurz zuvor war der deutsch-türkische Journalist Denis Yücel nach fast genau einjähriger Untersuchungshaft freigelassen worden. Nach der Rede des türkischen Ministerpräsidenten meldete sich Gunther Krichbaum zu Wort und ermahnte Yildirim, bezogen auf die Inhaftierung von über 150 Journalisten in der Türkei, dass es ohne Medienfreiheit keine Meinungsfreiheit und ohne Meinungsfreiheit keine Demokratie geben könne. Die Kurzintervention von Gunther Krichbaum können Sie unter folgendem Link ansehen:

<https://goo.gl/UCraXY>

Da es sich um einen Mitschnitt aus dem internationalen Programm der Deutschen Welle handelt, wurde Krichbaum in die englische Sprache übersetzt. In München sprach er natürlich deutsch. ■

Am Donnerstag fand auch eine Bundestagsdebatte zu Denis Yücel statt. Die AfD forderte dabei, dass die Bundesregierung Äußerungen des Journalisten missbilligen soll, die dieser vor einigen Jahren im Rahmen mehrerer Artikel gemacht hatte. So hatte er sich beispielsweise sehr abfällig über Deutschland geäußert, dies aber stets als Satire bezeichnet. Für uns Christdemokraten mag es mehr als befremdlich sein, wenn sich ein deutscher Staatsbürger negativ und ablehnend zu unserem Land äußert. Aber es steht der Bundesregierung nicht zu, eine solche freie Meinungsäußerung zu bewerten oder gar zu missbilligen. Genau das zeichnet unsere Demokratie aus. Ein Entzug der Staatsangehörigkeit, wie er von AfD-Fraktionschefin Weidel ins Gespräch gebracht wurde, kommt selbstverständlich für das Äußern einer Meinung überhaupt nicht in Betracht. Wer dies erwägt, begibt sich genau auf das Niveau eines Recep Erdoğan. ■

Einsatz für Religionsfreiheit wird verstärkt

CDU und CSU haben im Koalitionsvertrag mit der SPD konkrete Maßnahmen durchgesetzt, um den weltweiten Schutz der Religionsfreiheit zu verstärken. Die Unionsparteien konnten dazu wesentliche und neue Akzente setzen. Um diesem Thema den erforderlichen Stellenwert zu geben, wird das Amt eines Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit geschaffen. Zudem wird der 2016 zum ersten Mal erstellte Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit künftig im zweijährigen Rhythmus veröffentlicht und im Deutschen Bundestag beraten werden.

Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht. Dort, wo sie nicht geachtet oder sogar bekämpft wird, werden meist auch andere Menschenrechte missachtet. Seinen Glauben privat oder öffentlich zu leben, Gottesdienst zu feiern, auch die Entscheidung, die Religion zu wechseln oder keine zu haben, alles das umfasst das Menschenrecht der Religionsfreiheit. Menschenrechte gelten universell, ihre Verletzung sind eine Gefahr für den weltweiten Frieden und die internationale Sicherheit. Häufig sind Menschenrechtsverletzungen Ursache für Flucht. ■

Keine Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen

Am Donnerstag debattierte der Bundestag in 1. Lesung über die Aufhebung bzw. Änderung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche nach Paragraph 219a Strafgesetzbuch. Die Unionsfraktion hält an dem ausgewogenen Regelungskonzept fest, wie es in den Paragraphen 218 bis 219 b des Strafgesetzbuches aktuell geregelt ist. Menschenwürde und Lebensrecht stehen dem Ungeborenen von Anfang an zu und begründen eine Schutzpflicht des Staates.

Der Beratung kommt im Schutzkonzept des Staates eine zentrale Rolle zu. Sie soll zu einer Entscheidung für das Kind ermutigen und Hilfen aufzeigen. Diese Beratung zum Leben ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die verfassungsrechtliche Voraussetzung dafür, dass auf strafrechtliche Sanktionen verzichtet werden kann. Sie darf nicht durch gegenläufige Werbung von Personen konterkariert werden, die selbst am Schwangerschaftsabbruch verdienen. Stellen Ärzte solche Informationen auf ihre Internetseite, so stellt dies eine klassische Form der Patientenakquise dar. ■